

Kölner Wahlprüfsteine zum Thema Flucht und Migration 2025

Alle Antworten der 10 Kölner OB-Kandidat:innen/Parteien in der [PDF](#).

Frage 8: Menschenwürdige Versorgung unterstützen (Gesundheit, Bezahlkarte und Wohnen)

- a) Wie lautet Ihre Position bezüglich der Bezahlkarte für Schutzsuchende? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Ratsbeschluss beibehalten wird?
- b) Wie stehen Sie zum Anonymen Krankenschein (AKS)? Werden Sie sich für seine Fortsetzung über das Jahr 2026 hinaus einsetzen?
- c) Wie setzen Sie sich für die angemessene Unterbringung von geflüchteten Menschen ein? Wie wollen Sie es schaffen, dass mehr bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht?
- d) Wie setzen Sie sich für eine gerechte Nutzungsgebühr für die Bewohner:innen in städtischen Unterkünften ein? Wie wollen Sie dafür sorgen, dass das Problem der Mietschulden sozialverträglich gelöst wird?

BERIVAN
AYMAZ
Oberbürgermeisterin für Köln
2025

Beřivan Aymaz – Die GRÜNEN

a) Die Bezahlkarte stigmatisiert Menschen mit Fluchtgeschichte und schränkt ihre Selbstbestimmung ein. Daher ist die Bezahlkarte diskriminierend und schließt Menschen von gesellschaftlicher Teilhabe aus. Wir GRÜNE und unsere Oberbürgermeisterkandidatin Beřivan Aymaz lehnen die Bezahlkarte ab. Wir haben unsere Haltung in der Vergangenheit im Rat deutlich gemacht und dafür gestimmt, dass rückwirkend von der Opt-out-Regelung des § 4 der Bezahlkartenverordnung (BKV NRW) Gebrauch gemacht werden kann. Ausgrenzende Maßnahmen wie die Bezahlkarte, die Integration unterbinden statt fördern, werden wir auch zukünftig vehement ablehnen.

b) Der anonyme Krankenschein ermöglicht einen niederschweligen Zugang zu medizinischer Versorgung, ohne dass die Angst vor einer Weitergabe der Daten an Behörden besteht. Aus grüner Sicht ist der anonyme Krankenschein ein Instrument, das das Menschenrecht auf Gesundheit ernst nimmt. Er senkt Barrieren, verhindert Diskriminierung beim Zugang zu medizinischer Versorgung und schützt die öffentliche Gesundheit, indem Krankheiten frühzeitig behandelt werden können. Die Einführung und Finanzierung des anonymen Krankenscheins haben wir GRÜNE daher maßgeblich vorangetrieben. Seit dem Start im Sommer 2023 sehen wir, wie wirksam dieses Herzensprojekt ist und wie vielen Menschen damit geholfen wurde – sei es durch eine Behandlung, eine Beratung oder die Überführung in eine reguläre Krankenversicherung. Daher werden unsere Oberbürgermeisterkandidatin Beřivan Aymaz und wir uns ausdrücklich für die Fortführung des Anonymen Krankenscheins einsetzen.

c) Als Kölner GRÜNE setzen wir uns für eine menschenwürdige, dezentrale und integrationsfördernde Unterbringung von geflüchteten Menschen ein. Unterkünfte müssen Privatsphäre, Rückzugsmöglichkeiten und die Möglichkeit zur Selbstversorgung bieten. Eine langfristige Unterbringung in Sammelunterkünften lehnen wir ab. Deshalb haben wir GRÜNE den schrittweisen Ausstieg aus Gemeinschaftsunterkünften beschlossen, damit Geflüchtete in abgeschlossenen Wohneinheiten leben können. Zugleich haben wir Mittel für Leitlinien, Mindeststandards, die Ombudsstelle und das Gewaltschutzkonzept bereitgestellt, um solange menschenwürdige Bedingungen auch in den bestehenden Unterkünften zu sichern.

Wir arbeiten kontinuierlich daran, den Übergang aus städtischen Unterkünften in regulären Wohnraum zu erleichtern – insbesondere durch die Stärkung des Auszugsmanagements Köln. Dieses unterstützt geflüchtete Menschen dabei, auf dem freien Wohnungsmarkt Fuß zu fassen. Es vernetzt Akteur*innen, berät individuell und hilft dabei, geeigneten Wohnraum zu finden. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, diese Strukturen auszubauen und langfristig abzusichern.

Gleichzeitig treiben wir den Bau von bezahlbarem, kommunalem und genossenschaftlichem Wohnraum voran. In unserem Kommunalwahlprogramm 2025 betonen wir: Wohnen ist ein Menschenrecht. Dafür wollen wir kommunale Flächen konsequent für den sozialen Wohnungsbau sichern, das kommunale Vorkaufsrecht nutzen und eine diskriminierungsfreie Wohnraumvermittlung fördern.

d) Die derzeitige Erhebung von Nutzungsgebühren in städtischen Unterkünften bedeutet für viele geflüchtete Menschen eine erhebliche finanzielle Belastung. Die Gebühren stehen oft in keinem angemessenen Verhältnis zur tatsächlichen Wohnqualität. Das halten wir GRÜNEN für ungerecht. Im Kölner Stadtrat haben wir uns deshalb dafür eingesetzt,



	dass die Nutzungsgebühren sozial überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Für uns ist wichtig: Die Kostenbeteiligung muss transparent, verhältnismäßig und sozial abgefedert sein – insbesondere bei Menschen, die nur über sehr geringe Einkommen verfügen. Für Menschen, die bereits Mietschulden aufgebaut haben, setzen wir uns für individuelle, sozialverträgliche Lösungen ein. Dazu gehören beispielsweise Erlassmodelle, Ratenzahlungen oder die Vermittlung an eine professionelle Schuldnerberatung. Unser Ziel ist, dass niemand aufgrund dieser Schulden vom Zugang zum Wohnungsmarkt oder vom Auszug in eigenständige Wohnformen abgehalten wird. Auch hier spielt das Auszugsmanagement Köln eine zentrale Rolle: Es unterstützt gezielt Menschen mit Unterstützungsbedarf dabei, aus prekären Wohnverhältnissen in eine selbstbestimmte Wohnsituation zu wechseln. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dieses Instrument zu stärken und mit weiteren sozialen Unterstützungsangeboten zu verzahnen.
	Markus Greitemann – CDU: a) Bezahlkarte: Die Versorgung von Schutzsuchenden in Köln ist eine große Herausforderung, die sowohl humane Standards als auch gute Verwaltungsstrukturen erfordert. Ein Beispiel hierfür ist die Bezahlkarte für Schutzsuchende, die das Land NRW in diesem Jahr eingeführt hat. Der Kölner Stadtrat beschloss im April 2025 mehrheitlich, keine Bezahlkarte einzuführen. Die CDU Köln bekennt sich dennoch weiterhin klar zu diesem Instrument. Die Bezahlkarte schafft Transparenz, verhindert Missbrauch und ermöglicht Schutzsuchenden schnelle, unbürokratische Hilfe. Auch wenn der Ratsbeschluss aktuell anders lautet, bleibt die Partei standhaft und wird weiter für die Einführung kämpfen, da Verantwortung für das Gemeinwohl kluge und mutige Lösungen erfordert. b) Im Bereich der gesundheitlichen Versorgung hat sich der Anonyme Krankenschein (AKS) bewährt. Seit 2023 ermöglicht er Menschen ohne regulären Krankenversicherungsschutz den Zugang zu medizinischen Leistungen und wurde bis Ende 2026 verlängert. Die CDU Köln sieht im AKS eine pragmatische Lösung, die sowohl den Betroffenen als auch dem öffentlichen Haushalt dient. Eine Fortführung über 2026 hinaus wird unterstützt, wenn Transparenz, Kostenkontrolle und nachhaltige Finanzierung gewährleistet sind. c) Die Wohnsituation vieler Geflüchteter bleibt problematisch: Oft fehlt es an Privatsphäre und Möglichkeiten zur Selbstversorgung, während die hohen Nutzungsgebühren nicht dem Wohnwert entsprechen und zu finanzieller Not führen. Die CDU Köln setzt sich daher für den Ausbau dezentraler Unterkünfte mit abgeschlossenen Wohneinheiten ein. Zudem fordert sie eine sozial verträgliche Anpassung der Entgelte mit Härtefallregelungen, Ratenzahlungen und enger Zusammenarbeit mit Schuldnerberatungsstellen. d) Als CDU Köln stehen wir für einen Staat, der hilft, aber verantwortungsvoll mit öffentlichen Mitteln umgeht. Nutzungsgebühren in städtischen Unterkünften müssen fair bemessen sein: Wer zahlen kann, soll beitragen, wer nicht, braucht Schutz durch Härtefallregelungen, Ratenzahlungen und Schuldnerberatung. Unser Ziel ist es, Menschen aus Übergangsunterkünften in den regulären Wohnungsmarkt zu integrieren, mit mehr bezahlbarem Wohnraum, schnelleren Verfahren und enger Zusammenarbeit mit Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften und privaten Vermietern. Gute Wohnpolitik lindert Not, darf sich aber nicht in dauerhaften Provisorien erschöpfen.
	Heiner Kockerbeck – Die Linke: a. Es darf keine Bezahlkarte geben! Inzwischen sind immer mehr Kommunen gegen die Bezahlkarte. Das macht uns Mut. Die Bezahlkarte ist repressiv und ein bürokratisches Monster. Die Linke hat frühzeitig den Widerstand gegen die Bezahlkarte mit organisiert. b. Der Anonyme Krankenschein muss fortgesetzt werden und langfristig als kommunale Aufgabe definiert werden. Die Krankenkassen müssen die Finanzierung übernehmen. c. Wir stehen weiterhin dazu, die Notaufnahme Herkulesstr. zu schließen. Schlechte Unterbringungen müssen reduziert werden und z.B. Einrichtungen in Systembauweise verstärkt werden. Mehr Geflüchtete müssen in Wohnungen untergebracht werden. d. Mietschulden müssen abgeschrieben bzw. niedergeschlagen werden. Das kann die Verwaltung sehr wohl machen und das hat Die Linke gefordert. Sehr oft sind die Mietforderungen generell zu hoch für Menschen, die in Arbeit sind. Auf Nutzungsgebühren gänzlich zu verzichten, halten wir nicht für richtig, da der Stadt Köln ohne diese Abrechnung ca. 20 Mio. Euro Bundeszuschüsse im Jahr fehlen.



	Volker Görzel – FDP: a) Die FDP hat schon im vergangenen Jahr in einem Ratsantrag die Einführung einer Bezahlkarte gefordert, um den Verwaltungsaufwand zu reduzieren und dem Beispiel anderer Bundesländer zu folgen. Folgerichtig werden wir einen Beschluss, die Bezahlkarte in Köln nicht einzuführen, ablehnen. b) Wir sprechen uns für den Erhalt des anonymen Krankenscheins aus und sind froh, dass er auf Druck der Träger und der Opposition nicht den Sparplänen der Verwaltung zum Opfer gefallen ist. Er hat sich bewährt und seine Abschaffung wäre ein klarer Rückschritt für die Gesundheitsversorgung der Betroffenen. c) Wir setzen uns für eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten ein. Das ist sowohl im Sinne der Geflüchteten als auch im Sinne der Anwohnerschaft. Im Hinblick auf die Unterstützung bei der Wohnungssuche setzen wir vor allem auf das Auszugsmanagement. Wir setzen uns schon seit Jahren für den Abbau von bürokratischen Hürden beim Bauen ein und stehen dem kooperativen Baulandmodell, Milieuschutzesatzungen etc. kritisch gegenüber. Diese Instrumente behindern die Bautätigkeit. Dagegen begrüßen wir die Diskussion über eine Senkung der Baustandards. Ziel muss es ein, die Bautätigkeit zu erhöhen. Nur so erhalten wir auch mehr bezahlbaren Wohnraum. d) Das Thema Nutzungsgebühr ist wirklich ein sehr komplexes Problem. Es kann nicht sein, dass Geflüchtete, die eine Arbeit annehmen, ihren gesamten Verdienst für die Nutzungsgebühr aufbringen müssen. Damit geht jeglicher Anreiz eine Arbeit aufzunehmen, verloren. Wir setzen uns dafür ein, dass die Politik gemeinsam mit Verwaltung, Jobcenter und Betroffenen praktikable und rechtskonforme Lösungen findet.
	Inga Feuser – Gut & Klimafreunde: a) Bezahlkarte GUT & KLIMA FREUNDE lehnen die Bezahlkarte ab. Wir begrüßen den gültigen Ratsbeschluss und wollen uns gegen Einschränkungen der Selbstbestimmung von Geflüchteten einsetzen. b) Anonymer Krankenschein Wir sprechen uns klar für die Fortführung des Anonymen Krankenscheins über 2026 hinaus aus, da Gesundheit ein Grundrecht ist. c) Wohnen Wir fordern menschenwürdige Unterbringung statt Massenquartiere. Wir setzen uns für mehr sozialen Wohnungsbau, Wohnraumsicherung und eine sozial gerechte Wohnpolitik ein. d) Nutzungsgebühr & Mietschulden GUT & KLIMA FREUNDE fordern eine gerechte, einkommensabhängige Gebührenregelung und Unterstützung bei Schuldenregulierung, z. B. durch Schuldnerberatung.
	Torsten Burmester – SPD: Wir stehen für eine menschenwürdige Unterbringung, Gesundheitsversorgung und soziale Teilhabe aller Menschen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Unterkünfte müssen sicher, sauber und angemessen ausgestattet sein. Wir setzen uns für eine Gesundheitskarte für alle ein, um den Zugang zur medizinischen Versorgung zu erleichtern. Die Einführung einer Bezahlkarte ist der falsche Weg, da sie diskriminierend wirkt und zu mehr Bürokratie führt. Wohnraumversorgung bleibt ein zentrales Ziel – hier wollen wir auch durch kommunale und gemeinwohlorientierte Projekte dauerhafte Lösungen schaffen.



	Lars Wolfram – Volt: a) Volt lehnt die Einführung einer Bezahlkarte ab. Statt ein neues, teures Parallelsystem zu schaffen, sollte das bereits etablierte Basiskonto genutzt werden. Es ist praktikabler und weniger bürokratisch. Die Bezahlkarte darf kein Instrument der Abschreckung sein. Einschränkungen bei Bargeld, regionaler Nutzung oder Onlinehandel erschweren Alltagsleben, Mobilität und Integration unnötig. Zudem ist festzuhalten, dass Asylsuchende kaum finanziellen Spielräume haben, um überhaupt nennenswerte Geldbeträge ins Ausland zu überweisen. b) Der Anonyme Krankenschein ist ein wichtiges Instrument, um Menschen ohne Krankenversicherung und unabhängig vom Aufenthaltsstatus Zugang zu medizinischer Versorgung zu ermöglichen. Volt setzt sich dafür ein, dass dieses Angebot im städtischen Haushalt verankert bleibt. c) Volt Köln setzt sich für eine dezentrale und menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten sowie für mehr bezahlbaren Wohnraum für alle ein. Gemeinschaftsunterkünfte sollen die Ausnahme sein – unser Ziel ist die Unterbringung in regulären Wohnungen. Dafür unterstützen wir das Auszugsmanagement und setzen uns für eine aktive Begleitung bei der Wohnungssuche und -finanzierung ein. Um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, fordern wir die Gründung einer neuen, rein städtischen Wohnungsbaugenossenschaft nach Wiener Vorbild. Diese soll dauerhaft im städtischen Eigentum bleiben, gemeinwohlorientiert handeln und jährlich mindestens 400 preisgünstige Wohnungen errichten. Zudem wollen wir städtische Flächen nur noch in Erbpacht vergeben, digitale Baugenehmigungen konsequent nutzen und unnötige bürokratische Hürden abbauen. Die kommunale Wohnbauleitstelle soll personell gestärkt werden, um die Umsetzung dieser Ziele effizient voranzutreiben. d) In Kölner Unterkünften müssen geflüchtete Menschen teilweise sehr hohe Mieten zahlen, sobald sie erwerbstätig sind. Diese Mieten liegen oft über der Mietobergrenze, da zusätzlich auch Dienstleistungen innerhalb der Unterkunft berechnet werden. Volt sieht Bedarf an einer grundlegenden Überarbeitung: Die Mietkosten müssen so gestaltet werden, dass sie sozial gerecht sind und keine falschen Anreize setzen. Menschen, die erfolgreich eine Arbeit aufgenommen haben, dürfen nicht durch hohe Unterkunftskosten faktisch bestraft werden. Da geflüchtete Menschen auf dem Wohnungsmarkt besonders große Hürden haben, braucht es klare kommunale Verantwortung: Jeder Fall von Mietschulden muss individuell geprüft werden, und existenzbedrohende Schulden dürfen nicht weiterverfolgt werden. In solchen Fällen soll die Stadt auf die Forderungen verzichten, um die Integration nicht zu gefährden.
	Hans Mörtter – parteilos: a) Die Bezahlkarte lehne ich ab. Sie entmündigt und diskriminiert Menschen. Der Ratsbeschluss gegen die Einführung muss bestehen bleiben. b) Der anonyme Krankenschein ist ein wichtiges Instrument, um Gesundheitsversorgung für alle sicherzustellen. Ich setze mich dafür ein, ihn über 2026 hinaus zu verlängern. c) Beim Wohnen gilt: Menschen brauchen Privatsphäre und Selbstbestimmung. Ich will bezahlbaren Wohnraum schaffen – mit 50 % Sozialquote bei Neubauten, einer neuen städtischen Wohnungsgesellschaft und Housing First.

	d) Nutzungsgebühren in Unterkünften müssen sozial verträglich gestaltet werden. Mietschulden dürfen nicht in die Verzweiflung führen. Ich setze auf faire Regelungen und Entschuldungsmodelle.
	Roberto Campione – Kölner StadtGesellschaft: Die Mehrheit unserer Mitglieder hat sich aus praktischen Gründen für eine Bezahlkarte ausgesprochen: Es geht nicht darum, Menschen in Not nicht alle Hilfe zukommen zu lassen. Allerdings beugen wir hier einigen wenigen Fällen von Sozialbetrug vor. Wir befürworten den AKS und werden uns dafür einsetzen, dass dieser über 2026 hinaus fortgeführt wird. a. Starker Fokus auf den Ausbau bezahlbaren Wohnraums, gemeinnützige Wohnungsgesellschaft "Woik – Wohnen in Köln", soziale Staffelungen bei Gebühren. Ein sozialverträglicher Umgang mit Mietschulden: Beratung, Härtefallregelungen und Transparenz sind vorgesehen.
	Heike Herden – Partei des Fortschritts: 8a) Unterstützung soll würdevoll und praxistauglich sein. Grundsätzlich befürworte ich eine Bezahlkarte im Sinne eines datenschutzsicheren, diskriminierungsfreien Kölner Modells, das Bargeldbedarfe über klar geregelte Ausnahmen abdeckt, transparente Widerspruchsmöglichkeiten bietet und unabhängig evaluiert wird. 8 b) Gesundheit darf nicht am Status scheitern. Der Anonyme Krankenschein sollte fortgeführt und über 2026 hinaus gesichert werden. 8c) Ein eigenes Zuhause gibt Ruhe und Perspektive. Vorrang hat dezentrale Unterbringung mit Privatsphäre und Kochmöglichkeiten sowie der zügige Zugang zu bezahlbarem Wohnraum über GAG, zusätzliche Belegungsrechte, Wohnungslotsen und die Aktivierung von Leerstand. 8 d) Wer Gebühren nicht stemmen kann, braucht Beratung und faire Lösungen. Ratenmodelle und Prävention von Überschuldung helfen, wieder Tritt zu fassen. Ich finde, so bleibt Würde gewahrt.

Alle Antworten der 10 Kölner OB-Kandidat:innen/Parteien in einer [PDF](#) (38 Seiten)

Die Antworten zu den einzelnen Fragen gibt es unter den folgenden Links

[Frage 1](#): Migration als Teil von Köln gestalten

[Frage 2](#): Aufnahmepolitik weiterentwickeln

[Frage 3](#): Ausländerbehörde (ABH): Funktionieren und Funktion als Willkommensbehörde

[Frage 4](#): Bleibeperspektiven schaffen

[Frage 5](#): Ausbildung und Arbeit ermöglichen

[Frage 6](#): Spracherwerb fördern

[Frage 7](#): Kita-Plätze schaffen

[Frage 8](#): Menschenwürdige Versorgung unterstützen (Bsp. Gesundheit, Bezahlkarte, Wohnen)

[Frage 9](#): Abschiebungen: Ermessensspielräume und Schutznormen beachten

[Frage 10](#): Kirchenasyl schützen

[Frage 11](#): Kommunale Spielräume behalten

[Frage 12](#): Freiwilliges Engagement fördern

